

TOP 3.7.3 CETA und TTIP: neueste Entwicklungen

1. CETA: Stand der Verhandlungen

Neben einem Sachstandsbericht soll am 13.5. für CETA auch das weitere Ratifikationsprozedere beim **EU-Handelsministerrat** besprochen worden sein. Offen ist die Frage, ob das Abkommen gemischt ist oder nicht. Der Abschluss als gemischtes Abkommen würde bedeuten, dass die Zuständigkeit nicht nur bei der EU allein liegt, sondern auch bei den nationalen Parlamenten. Die EU-Staaten sind lt. BMWFW für ein gemischtes Abkommen, die EU-Kommission wird CETA hingegen als ein sog. „EU-only-Abkommen“ vorlegen. Der Bericht über die Ergebnisse des Handelsministerrates liegen bis dato nicht vor. NGO-Netzwerken war entsprechend vertraulichen Quellen zu entnehmen, dass sich Polen, Luxemburg, Slowenien und Österreich kritisch äußerten.

Weiteres Prozedere: Die EK wird nach Fertigstellung aller Sprachfassungen Ende Juni einen formellen Vorschlag für einen Ratsbeschluss über die Annahme und Unterzeichnung sowie ggf. eine vorzeitige Anwendung des Abkommens an Rat und EP vorlegen. Dieser sollte nach den Plänen der Kommission im September beschlossen werden. Anschließend soll im Europäischen Parlament das Ratifikationsverfahren eingeleitet werden. Im Oktober dJ ist die formelle Unterzeichnung durch Kanada und der EU in Ottawa vorgesehen.

Wesentlich wird in der Diskussion sein, wie sich die deutsche Regierung verhalten wird. Im Juni wird ein **SPD-Parteikonvent** erwartet, bei dem sich die positive Haltung von Wirtschaftsminister Gabriel zu CETA bzw. TTIP ändern könnte. Der **DGB** hat Anfang April 2016 eine langerwartete kritische Stellungnahme zu CETA abgegeben: kritisiert ICS/ISDS, die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen und die nicht-sanktionierbaren ILO-Mindestarbeitsrechte, fordert aber die Kommission nur zu Nachverhandlungen auf.

Der Umfang einer vorläufigen Anwendung des Abkommens bleibt unklar, weil die Entscheidung des EuGH über die Kompetenzaufteilung bezüglich des Investitionsschutzes noch ausständig ist. Daher hat die AK in den interministeriellen Vorbereitungen des handelspolitischen Ausschusses (Trade Policy Committee) **gegen die Zustimmung zu den Verhandlungsergebnissen und der vorläufigen Inkraftsetzung** des BMWFW protestiert. Die AK argumentierte, dass die Art des Abkommens (gemischtes oder EU-only) ungeklärt ist, in Österreich keine einhellige Zustimmung zu CETA (Entscheidung des österreichischen Nationalrates vom September 2014) und in der österreichischen Bevölkerung eine außergewöhnlich hohe Ablehnung von über 70% gegenüber CETA und TTIP besteht. Auch BKA, BMASK und BMVIT äußerten ähnliche Bedenken und Einwände.

Der Druck durch AK, ÖGB, das TTIP-Stoppen-Bündnis und Greenpeace konnte so weit aufgebaut werden, dass das **BMWFW** und das **BMEIA** in den letzten 2 Wochen im TPC und dem Ausschuss der ständigen Vertreter (AStV) schließlich auf die kritische innerösterreichische Diskussion hingewiesen haben. Eine eindeutig ablehnende Resolution gab es im **Wiener Gemeinderat** am 29.4. gegen die vorläufige Anwendung von CETA (zielt v.a. auf öffentliche Daseinsvorsorge ab). Der **Salzburger Landtag** beschloss am 28.4. u.a. einer vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen. Der Beschluss des **Wiener SPÖ-Landesparteitages** vom 16.4.2016 spricht sich klar „gegen das Zustandekommen von TISA, CETA und TTIP“ sowie für eine

Bereich Wirtschaft – Kubitschek

Bindung des Wirtschaftsministers durch den Nationalrat zur Ablehnung von CETA aus. Seit 11. Mai gibt es auch eine einstimmige **Stellungnahme der Bundesländer**: die Länder erstrecken ihre bisher nur für TTIP geltenden Forderungen nun auch auf CETA. Sie fordern von der Bundesregierung sich gegen eine vorläufige Anwendung von CETA oder TTIP auszusprechen und dem Abschluss von CETA und TTIP im Rat nicht zuzustimmen, solange die Forderungen dieses Beschlusses nicht erfüllt sind. Die einheitliche Stellungnahme ist gemäß Art 23d Abs 2 B-VG für die Bundesregierung bindend.

Da die beiden **Bundespräsidentenskandidaten** Van der Bellen und Hofer öffentlich verkündet haben, dass sie TTIP und CETA in der Form nicht ratifizieren werden, hat sich die Dynamik in Österreich zugunsten der GegnerInnen verschoben. Spannend wird das rechtliche **Gutachten des Parlaments** über die Rechte desselben bei der Beschlussfassung und ein Unterausschuss des EU Hauptausschusses sein, der voraussichtlich am 21.6. tagen wird. Hier wird über eine Ministerbindung zu CETA abgestimmt werden. BM Mitterlehner hat schon anlässlich des Handelsministerrates am 13.5. öffentlich verkündet, Österreich werde einer vorläufigen Anwendung nicht zustimmen. Er möchte aber „zumindest die handelspolitischen Teile“ des Abkommens in Kraft setzen.

In immer mehr **EU-Mitgliedsländern** wächst die Ablehnung gegenüber dem CETA-Abkommen. In Belgien gibt es bereits zwei Regionalparlamente – Wallonien und Brüssel Wallonien – die einen klaren Beschluss gegen CETA gefasst haben. **Belgien** kann ohne die Zustimmung dieser Parlamente dem Abkommen nicht zustimmen. **Rumänien** und **Bulgarien** legen beim Handelsministerrat ein Veto ein (keine kanadischen Visa). Auch **Griechenland** will CETA in der jetzigen Form nicht unterzeichnen (geographische Ursprungsbezeichnung Feta). Das **niederländische Parlament** hat bereits klar gemacht, dass es mit einer vorläufigen Anwendung nicht übergangen werden kann und ein nationales Referendum nötig sei.

Die roten Linien der AK bleiben aufrecht. Sie betreffen die privilegierten Investitionsschutzbestimmungen, das Investor-Staat-Streitverfahren, die Daseinsvorsorge, Regulierungskooperation, die Verankerung des Vorsorgeprinzips und die ILO-Mindestarbeitsnormen (siehe Beschlusslage).

2. TTIP

TTIP: Leak

Die Umweltorganisation Greenpeace Niederlande veröffentlichte am 2.5. geheime Verhandlungsdokumente zum EU-US Handelspakt TTIP. Diese sogenannten konsolidierten Abkommenstexte ausgewählter Kapitel bilden ein Nebeneinander von EU- und US-Vorschlägen ab. Sie stellen keine abschließenden Kompromisstexte dar. Zu den Kapiteln über den Investitionsschutz oder Nachhaltige Entwicklung gibt es weiterhin keine konkreten Textvorschläge der USA.

Nach einer oberflächlichen Durchsicht der wenigen Verhandlungskapitel erhärtet sich unser Eindruck, dass die Anliegen und Forderungen der AK nicht berücksichtigt wurden.

In Österreich gab es dazu zahlreiche sehr kritische Pressemeldungen von inzwischen ausgeschiedenem BK Faymann, AK Präsident Kaske, Greenpeace, TTIP-Stoppen-Bündnis, ÖGB, Präsidentschaftskandidaten Van der Bellen und Hofer. BM Mitterlehner sieht nach eigenem Ermessen kaum noch Chancen, dass TTIP in der Amtsperiode Obamas beschlossen wird. Die AK Aktivitäten konzentrieren sich in den nächsten Monaten auf die CETA Inkraftsetzung.